

Pressegespräch „Kinderarmut“ im Tagestreff der Ali Sachsen am 16.05.2011

Sabine Zimmermann, MdB, Vorsitzende DGB Region Südwestsachsen

In Deutschland sind nach wie vor viele Kinder von Armut betroffen und müssen in ärmlichen Verhältnissen aufwachsen. Korrekt formuliert ist es natürlich nicht die Armut der Kinder, sondern die Armut ihrer Eltern. Zur Eindämmung der Kinderarmut gab es in den letzten Jahren viele Interessensbekundungen seitens der etablierten Politik und der Bundesregierung, doch geholfen wurde den Kindern und ihren Eltern nicht. Nach wie vor besteht der gesellschaftliche Skandal, dass Kinder das größte Armutsrisiko in Deutschland sind.

Im Januar 2011 waren bundesweit 1,68 Millionen Kinder (unter 15 Jahre) auf Hartz IV-Leistungen angewiesen bzw. lebten in einer Hartz IV-Bedarfsgemeinschaft. 15,3 Prozent aller unter 15-Jährigen befanden sich damit im Hartz IV-Bezug. Im Vogtlandkreis waren es im Dezember 2010 5.245 Kinder in Bedarfsgemeinschaften, was 20,5 Prozent aller Kinder (unter 15 Jahre) sind. Damit liegt die so genannte Hilfequote im Vogtland deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Diese Zahlen spiegeln wider, dass einerseits die noch immer bestehende Massenarbeitslosigkeit und andererseits der zunehmende Niedriglohnbereich und der damit verbundene ergänzende Bezug von Hartz IV ganz erheblichen Einfluss auf die Lebenschancen von Kindern haben und diese mindern. Armut in Kindertagen ist prägend für das spätere Leben und wirkt wie eine Rutschbahn nach unten. Höhere und chancenreiche Bildung bleibt armen Kindern im Regelfall immer noch verschlossen. In der Gruppe der Gleichaltrigen werden sie oft ausgegrenzt und stigmatisiert.

Besonders armutsanfällig sind Alleinerziehende. Im Januar 2011 lebten bundesweit 626.268 Alleinerziehende von Hartz IV-Leistungen. Dies entspricht einer Hilfequote von 40,1 Prozent, die damit die höchste unter allen Haushaltsformen ist. Im Vogtlandkreis gab es im Dezember 2010 2.263 Alleinerziehende. Die Gründe für den hohen Anteil Alleinerziehender mit Hartz IV-Bezug sind, dass Alleinerziehende häufig einer schlecht bezahlten beruflichen Tätigkeit nachgehen, in Teilzeit arbeiten und eine hohe Arbeitslosigkeit dieser Gruppe. Laut einer Befragung möchten aber deutlich mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden Vollzeit arbeiten. Dazu kommt, dass sie im Durchschnitt über eine bessere berufliche Qualifikation verfügen als andere Hilfebedürftige. Warum klappt es dann am Arbeitsmarkt nicht? Viele Arbeitgeber scheuen sich, Alleinerziehende einzustellen, da sie befürchten, dass die Kinder die Arbeitskraft dieser behindern würden, etwa wenn die Mutter bei Krankheit ihres Kindes zu Hause bleiben muss. Das Schlüsselproblem ist generell die unzureichende Kinderbetreuung, die aber ab dem ersten Lebensjahr der Kinder garantiert sein muss. Vor allem fehlen die Betreuungsangebote in den sogenannten Randzeiten, vorwiegend in den Abendstunden. Den Alleinerziehenden muss stärker geholfen werden, sie müssen mehr in den Fokus der Arbeitsmarktpolitik genommen werden

Die Bundesregierung muss endlich damit beginnen, die Kinderarmut wirkungsvoll zu bekämpfen, dazu gehört unter anderem, dass das soziale System bei Hilfebedürftigkeit wirklich existenzsichernd gestaltet wird, sowohl für die Eltern als auch ganz speziell für die Kinder, die eben keine „großen Erwachsenen“ sind und nicht einfach pauschal ein Prozentsatz der Hartz IV-Leistungen für Erwachsene angesetzt werden kann, wie es das Bundesverfassungsgericht auch festgestellt hat. Statt den Regelsatz für Kinder zu erhöhen, hat die Bundesregierung das so genannte Bildungs- und Teilhabepaket aufgelegt und ein

bürokratisches Monstrum geschaffen, welches von den Betroffenen kaum durchblickt wirkt und dessen Verwaltung aufwändig und teuer ist (bundesweit 136 Millionen Verwaltungskosten bei 626 Millionen Euro für die Leistungen der Bildung und Teilhabe im Jahr 2011; der Landkreis Zwickau rechnet mit Verwaltungskosten in Höhe von 750.000 Euro). Vor diesem Hintergrund ist die derzeit geringe Zahl der Anträge auch nicht verwunderlich, zumal eine echte Teilhabe der Kinder etwa am sozialen und kulturellen Leben durch ein Budget in Höhe von 10 Euro im Monat auch nicht ermöglicht wird, da die tatsächlichen Kosten für Angebote, zum Beispiel im musischen oder sportlichen Bereich, wesentlich höher liegen. DIE LINKE hat von vornerein gefordert, Leistungen für Bildung und Teilhabe über den Regelsatz auszuzahlen. Grundsätzlich fordert DIE LINKE eine eigenständige bedarfsorientierte Kindergrundsicherung, die Kinder unabhängig von Hartz IV macht.